



HESSISCHER LANDTAG

30. 01. 2007

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend Nordhessen hat mehr zu bieten als eine Autobahn - Nordhessens Stärken ausbauen und fördern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Region Nordhessen große Potenziale in den Bereichen nachwachsende Rohstoffe, erneuerbare Energien, Forschung, Tourismus, Kultur und Wellness hat. Diese gilt es gezielt weiterzuentwickeln. Hier entstehen die Arbeitsplätze der Zukunft. Nordhessen hat es nicht verdient, in seiner wirtschaftlichen Entwicklung auf den "Logistikstandort Nordhessen" reduziert zu werden und als Lastwagenparkplatz für Deutschland zu dienen. Die wirtschaftliche Entwicklung Nordhessens ausschließlich an den Ausbau der A 44 zu knüpfen, ist unsinnig und wird dem Entwicklungspotenzial der Region nicht gerecht.
2. Der Landtag sieht in der Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots an Kinderbetreuungseinrichtungen, eines guten Bildungssystems, einer Stärkung der Forschung, eines vielfältigen Kultur- und Freizeitangebots, einer lebenswerten Umwelt sowie einer dem regionalen Bedarf entsprechenden Verkehrsinfrastruktur eine wichtige Voraussetzung, um Unternehmen und Arbeitsplätze in Nordhessen zu halten und neue anzusiedeln.
3. Der Landtag bedauert, dass durch die von Bundes- und Landesregierung beschlossene Kürzung der Regionalisierungsmittel für Busse und Bahnen die Mobilität der Menschen verschlechtert, der Infrastruktur in Nordhessen geschadet und der Wirtschaftsstandort geschwächt wurde.
4. Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung mit ihren ursprünglichen Planungen zum Bau der A 44 vor Gericht gescheitert ist. Einzig der Unwille oder die Unfähigkeit der Landesregierung, gesetzeskonform zu planen, hat dazu geführt, dass die Anwohnerinnen und Anwohner noch nicht von Lärm und Gestank entlastet wurden. Statt auf Biegen und Brechen an den Autobahnplänen festzuhalten, hätte durch kleinere verkehrliche Maßnahmen längst eine Lösung gefunden und gebaut werden können.
5. Der Landtag weist darauf hin, dass die Einwände und Vorschläge der Naturschutzverbände, der Gemeinden Kaufungen und Helsa sowie betroffener Anwohnerinnen und Anwohner auf Grundlage des geltenden Rechts erfolgen, und wendet sich gegen die Verunglimpfung von Menschen, die diese Rechte wahrnehmen.
6. Der Landtag begrüßt, dass die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) Anfang 1998 von der von CDU und FDP getragenen Bundesregierung in nationales Recht umgesetzt wurde. Er unterstreicht die Aussage der damaligen Bundesumweltministerin, Dr. Angela Merkel, in einer Pressemitteilung vom 27. März 1998: "Mit dem Änderungsgesetz wird der deutsche Beitrag zur Errichtung des europäischen Biotopverbundnetzes Natura 2000 geschaffen. Dies gibt dem Naturschutz in Deutschland eine gesicherte Basis und neue Impulse."

7. Der Landtag spricht sich für eine Verkürzung von Genehmigungs- und Planungsverfahren aus, sofern dabei die sorgfältige Abwägung zwischen wirtschaftlichen Interessen und den Belangen des Umweltschutzes gewahrt bleibt. Der Erhalt einer intakten Umwelt ist die menschliche Lebensgrundlage und die Voraussetzung für jegliche nachhaltige wirtschaftliche Betätigung. Auch mit Mehrheit beschlossene Anträge in Parlamenten zu vermeintlich noch so bedeutenden Infrastrukturprojekten werden an dieser Tatsache nichts ändern.

Wiesbaden, 30. Januar 2007

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir